



Url: http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/konjunkturpaket-wie-der-staat-milliarden-verheizt_aid_433687.html

08.09.2009, 11:17

[Drucken](#)

Konjunkturpaket

Wie der Staat Milliarden verheizt

Es klang wunderbar: Milliarden aus dem Konjunkturpaket sollten in die Bildung fließen – und Deutschland auf lange Sicht voranbringen. Die Wahrheit ist ernüchternd.

Von FOCUS-Online-Redakteur [Ansgar Siemens](#)

Als die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel vor dem Abgrund taumelte, waren Kanzlerin Merkel & Co. zur Stelle: Konjunkturpaket I und II hießen die Zauberworte, mit denen die Berliner Großkoalitionäre ein Desaster zu verhindern suchten. Abwrackprämie, mehr Kindergeld, Milliarden für Bildung – ein Bündel von Wohltaten sollte den Wachstumseinbruch abfedern.



Baustelle Schule: Millionen aus dem Konjunkturpaket lassen viele Schulen in frischem Glanz erstrahlen dpa

Skeptisch waren damals vor allem liberale Ökonomen: „Die Gefahr ist groß, dass die Wirkung mancher Beschlüsse verpufft“, kritisierte Wolfgang Franz. Zusammen mit seinen Standesgenossen klopfte der Wirtschaftsweise alle Vorhaben darauf ab, ob sie Deutschland auf lange Sicht weiterbringen – und nicht nur ein Strohfeuer entfachen.

Ein ernüchternder Befund

Öffentliche Investitionen fanden Gefallen in den strengen Augen der Ökonomen. In Straßen und Bildung sei das Geld gut angelegt, Deutschland könne „auf einen höheren Wachstumspfad“ einbiegen. Mehr als ein halbes Jahr später haben Forscher die Probe aufs Exempel gemacht – und kommen zu einem ernüchternden Befund: Längst nicht alle öffentlichen Investitionen sind offenbar geeignet, die Spannkraft der Wirtschaft auf lange Sicht zu erhöhen.

23 Milliarden Euro wollte die Bundesregierung, wollten Länder und Kommunen investieren. Bis zum August waren 20,55 Milliarden Euro fest verplant. „Nur etwa 30 Prozent“ davon seien „tatsächlich Zukunftsinvestitionen“, rügen die Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW. Sie verfassten auf Geheiß der liberalen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ihre Studie über die Verwendung der Konjunkturmilliarden.

Besonders übel sieht die Bilanz im Bereich Bildung aus. Nur acht Prozent des frischen Staatsgeldes sei für „Bildungsinhalte“ vorgesehen. Satte 92 Prozent fließen „in die Erhaltung und Sanierung der Bausubstanz von Bildungseinrichtungen“, konstatieren die Forscher. Sprich: Die Schulen nutzen den neuen Geldsegen zuhauf, um Handwerker zu beauftragen. Neue Computer, WLAN, Internet – all das kommt viel zu kurz.

Schlusslicht Brandenburg

Die Forscher legen die Finger in die Wunde: Im nordrhein-westfälischen Oer-Erkenschwick etwa nutzte eine Realschule die staatliche Finanzspritze, um Fenster aus schusssicherem Glas einzubauen. In Chemnitz erlaubten die frischen Staatsmittel, marode Lokschuppen des Sächsischen Eisenbahn Museums zu sanieren. Beides Fälle, von denen Deutschland auf Dauer nichts hat.

Am sorgsamsten geht der Studie zu Folge Bremen mit dem Staatsgeld um. Fast die Hälfte des Extra-Budgets fließe in Zukunftsinvestitionen. Schlusslicht ist Brandenburg, wo nur 22 Prozent der frischen Mittel langfristig sinnvollen

